

Niederschrift
über die 3. Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses
am 06.03.2015 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dickmann, Bernd (für Blondin, Marc)
Boss, Frank Vorsitzender
Diekmann, Klaus
Giebels, Harald
Hurnik, Ivo
Krebs, Bernd
Schönberger, Frank
Sonntag, Ullrich

SPD

Böll, Thomas
Kösling, Klaus
Mahler, Ursula
Schulz, Ursula
Solocho, Barbara
Walter, Karl-Heinz
Wietelmann, Margarete

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Klemm, Ralf
Tuschen, Johannes-Jürgen
Bortlitz- Dickhoff, Johannes (für Warnecke, Uwe Marold)

FDP

Haupt, Stephan
Wallutat, Philipp

Die Linke.

Schulte, Felix

Freie Wähler/Piraten

Benoit, Andreas

Verwaltung:

Frau Wenzel- Jankowski
Herr Stölting

Frau Kaulhausen
Herr Mietz
Frau Kessing
Herr Anders
Frau Dr. Stermann
Frau Wiese
Frau Hasselmann
Herr Schmidt

Landesrätin 8
Abteilungsleiter im Gebäude- und
Liegenschaftsmanagement (GLM)
Abteilungsleiterin im GLM
FB 21
Netzwerkkoordination Dez 9 zu TOP 3
Fachbereichsleiter 44
Sonderaufgaben Dez. 2
Auszubildende im GLM
Auszubildende im GLM
Protokoll

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 2. Sitzung vom 9.1.2015
3. Berichte aus Netzwerken und Stiftungen durch die Verwaltung
4. Stiftung Kunstfonds; Sachstandsbericht zweiter Bauabschnitt **14/235**
5. Referentenentwurf eines Ersten allgemeinen Gesetzes zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen **14/188/1**
6. Zielvereinbarung zur Herstellung von Barrierefreiheit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und den Verbänden von Menschen mit Behinderungen hier: Zwischenbericht **14/236**
7. Flüchtlingsunterbringung
mündlicher Bericht der Verwaltung
9. LVR-Donatus-Schule, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung, Flachdachsanierung;
hier: Vorstellung der Planung und der Kosten **14/337**
10. Haushalt 2015/ 2016
- 10.1. Haushaltsanträge der Fraktionen: Beförderungsleistungen nach dem Tariftreue und Vergabegesetz, Auskömmlichkeitsprüfung **14/37 Die Linke.**
- 10.2. Haushalt 2015/16;
Energiebericht **14/49 CDU, SPD**
- 10.3. Haushalt 2015/16;
Schulsanierungs- und Investitionsprogramm **14/50 CDU, SPD**
- 10.4. Haushalt 2015/16;
Barrierefreie Nutzung der Pavillons im LVR-Freilichtmuseum Kommern **14/53 SPD, CDU**
- 10.5. Haushalt 2015/16;
Neuaufstellung der Rheinischen Beamten-Baugesellschaft (RBB) und Förderung von inklusiven Wohnprojekten **14/54 SPD, CDU**
- 10.6. Haushalt 2015/16;
Verbesserung der Energieeffizienz und Senkung des Primärenergiebedarfes **14/55 SPD, CDU**
- 10.7. Haushalt 2015/16; **14/79 SPD, CDU**

- Stiftung Kunstfonds
- 10.8. Haushalt 2015/2016 **14/200/1**
Veranschlagte Baumaßnahmen im Haushaltsentwurf des
LVR einschließlich Veränderungsnachweis
11. Anfragen und Anträge
12. Mitteilungen der Verwaltung
13. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

14. Niederschrift über die 2. Sitzung vom 9.1.2015
15. LVR-Kurt-Schwitters-Schule, Förderschwerpunkt Sprache **14/332**
in Düsseldorf;
hier: Vergabe der Planungsleistung für die
Tragwerksplanung
16. LVR-Kurt-Schwitters-Schule, Förderschwerpunkt Sprache **14/343**
in Düsseldorf;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen Technische-
Gebäude-Ausrüstung
17. LVR-Amt für Denkmalpflege **14/310**
hier: Vergabe der Objektplanung Gebäudetechnik Heizung
und Sanitär
18. LVR-Amt für Denkmalpflege **14/325**
hier: Vergabe der technischen Gebäudeausrüstung,
Elektro- und Nachrichtentechnik
19. LVR-Donatus-Schule, Förderschwerpunkt Körperliche und **14/335**
motorische Entwicklung;
hier: Vergabe von Architektenleistungen
20. Listenmäßige Mitteilung der Vergaben gemäß **14/347**
Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
21. Mitteilungen der Verwaltung
22. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:10 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:20 Uhr
Ende der Sitzung:	11:20 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist der **Vorsitzende, Herr Boss**, auf die form- und fristgerechte Einladung.

Durch die eingereichten Anträge, Nr. 14/37, 14/49, 14/50, 14/53, 14/54, 14/55 und 14/79 war - so der **Vorsitzende** - eine aktualisierte Tagesordnung erforderlich, die vor der Sitzung von der Verwaltung verteilt wurde.

Da die Anträge den Haushalt 2015/2016 betreffen, sei ein TOP 10 "Haushalt 2015/2016" neu eingefügt worden.

Die Unterpunkte TOP 10.1 bis 10.7 betreffen die Anträge; unter TOP 10.8 werde dann der Haushalt aufgerufen.

Zusätzlich ist zum TOP 7 die Vorlage 14/392 von der Verwaltung verteilt worden.

Des Weiteren verweist **der Vorsitzende, Herr Boss**, auf die von der Verwaltung zurückgezogene Vorlage-Nr. 14/336.

Der **Vorsitzende** lässt hierzu Wortmeldungen zu.

Obwohl - so **Herr Klemm** - die Verwaltung, insbesondere das Gebäude- und Liegenschaftmanagement (GLM) sonst immer gute Arbeit leiste, sei es für ihn unerklärlich, warum die Verwaltung nicht in der Lage sei, einen Sachstand zur "Neuinstallation und Modernisierung der Fahrradabstellanlagen / Radinfrastruktur an den LVR-Liegenschaften" zu geben, der auf Nachfrage seinerseits in der Bau- und Vergabeausschusssitzung am 9.1.2015 für die nächste Sitzung avisiert wurde. Es sei zwar kein formeller Verstoß, jedoch müsse er die Verwaltung rügen, dass dem Informationsbedürfnis nicht nachgekommen wurde.

Frau Landesrätin Wenzel-Jankowski, Vertreterin der Landesrätin Hötte, nimmt die Rüge der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN entgegen und erläutert, dass die Vorlage in Bearbeitung gewesen sei, jedoch noch Beratungsbedarf in Bezug auf die Liegenschaften außerhalb der Zentralverwaltung, insbesondere der LVR-Kliniken, gesehen und deshalb die Vorlage zurückgezogen wurde. Selbstverständlich werde der Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen den Sachstandsbericht erhalten.

Herr Klemm gibt zu Protokoll, dass es sich um eine Sachstandsabfrage handle und er davon ausgehe, dass eine entsprechende Vorlage in der nächsten Sitzung vorliege. Dies konnte von der Verwaltung nicht zugesagt werden.

Herr Kösling verweist auf das von Herrn Klemm eingangs erwähnte Lob der Verwaltung, insbesondere des GLM, und die sich anschließende Rüge in Bezug auf die von der Verwaltung zurückgezogene Vorlage. Dies könne er nicht nachvollziehen. Es sei immer erkennbar gewesen, dass die Verwaltung ihre Recherchen mit Sorgfalt durchführe. Wenn die Verwaltung in diesem Fall noch weitere Recherchen für erforderlich halte, sei es ihr gutes Recht, eine gut recherchierte Vorlage zu erstellen und dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorzulegen.

Der Vorsitzende, Herr Boss, verweist auf den Punkt "Anerkennung der Tagesordnung" und in diesem Zusammenhang auf die rechtmäßige Rücknahme eines Tagesordnungspunktes durch die Verwaltung. Er habe die Statements zugelassen, jedoch sei eine weitere Diskussion nicht erforderlich.

Nach diesen Ausführungen werden gegen die Tagesordnung keine weiteren Einwände

erhoben.

Punkt 2
Niederschrift über die 2. Sitzung vom 9.1.2015

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

Punkt 3
Berichte aus Netzwerken und Stiftungen durch die Verwaltung

Zentrum für verfolgte Künste:

Frau Kessing berichtet, dass die Gremien des Zentrums für verfolgte Künste-GmbH am heutigen Tage erstmals tagen. Damit sei ein wesentlicher Teil der Konstituierung dieses Netzwerkprojektes abgeschlossen und die GmbH könne durch die Geschäftsführer den Aufbau-Alltag gestalten.

Archäologische Zone / Jüdisches Museum:

Bei diesem Projekt - so **Frau Kessing** - befinde sich die Verwaltung weiterhin im Abstimmungsprozess mit der Stadt Köln. Im Fokus stünde derzeit die Ausgestaltung der archäologischen Bereiche wie die Feinabstimmung des Parcours unter der Vorgabe der Barrierefreiheit, mit Blick auf die Anforderungen durch die Ausstellungskonzeption sowie den Brandschutz.

Frau Karabaic habe im Nachgang zum Lenkungskreis der politischen Vertretung Frau Laugwitz-Aulbach (Kulturdezernentin der Stadt Köln) angeschrieben, um das weitere Vorgehen zur Klärung der offenen Fragen abzustimmen.

Herr Boss weist in seinem Dank darauf hin, dass künftig die weitere Verfahrensweise den Kulturausschuss betreffen werde und der Bau- und Vergabeausschuss nur dann tangiert würde, wenn bauliche Maßnahmen anstünden.

Der Bericht der Verwaltung zu den Netzwerken und Stiftungen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4
Stiftung Kunstfonds; Sachstandsbericht zweiter Bauabschnitt
Vorlage 14/235

Der Bau- und Vergabeausschuss nimmt die Vorlage 14/235 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 5
Referentenentwurf eines Ersten allgemeinen Gesetzes zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen
Vorlage 14/188/1

Der Referentenentwurf eines Ersten allgemeinen Gesetzes zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen und die gemeinsame Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände und beider Landschaftsverbände vom 12.12.2014 hierzu wird gemäß Vorlage Nr. 14/188/1 ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Zielvereinbarung zur Herstellung von Barrierefreiheit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und den Verbänden von Menschen mit Behinderungen

hier: Zwischenbericht

Vorlage 14/236

Herr Schulte bittet die Verwaltung bei der weiteren Planung der Barrierefreiheit die Rampe an der Nordseite des Horionhauses nicht unberücksichtigt zu lassen und mit der Stadt Köln in Verbindung zu treten, dass eine adäquate Lösung gefunden werde.

Die Verwaltung wird dieses Anliegen in die Besprechungen/Abstimmungen mit der Stadt Köln aufnehmen.

Der Zwischenbericht zum 30.11.2014 gemäß Artikel 2, Ziffer 3 der Zielvereinbarung zur Herstellung von Barrierefreiheit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und den Verbänden von Menschen mit Behinderungen wird gemäß Vorlage 14/236 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Flüchtlingsunterbringung mündlicher Bericht der Verwaltung

Herr Boss verweist - wie unter TOP 1 protokolliert - auf die vor der Sitzung an alle Ausschusmitglieder verteilte Vorlage 14/392. Es handelt sich um die Beantwortung der Anfrage-Nr. 14/4 der Fraktionen Bündnis90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE.

Die Vorlage 14/392 wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

LVR-Donatus-Schule, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung, Flachdachsanieierung; hier: Vorstellung der Planung und der Kosten Vorlage 14/337

Gemäß dem Terminplan - so **Herr Haupt** - betrage die Durchführungszeit 4 Monate und solle nach den Sommerferien beginnen. Er fragt, ob es planungstechnisch nicht möglich sei, die Maßnahme in den Sommerferien durchzuführen.

Wenn heute - so **Herr Stöltzing** - der Durchführungsbeschluss gefasst werde, erfolge die Ausführungsplanung, die Erstellung der Leistungsverzeichnisse und das Vergabeverfahren. Daher sei es nicht möglich, früher zu beginnen.

Die Durchführung der Sanierungsmaßnahme während des Schulbetriebes sei mit der Schulleitung abgestimmt.

Herr Bortlitz-Dickhoff möchte wissen, ob die Aussage, dass die Installation einer Photovoltaikanlage nicht möglich sei stimme, oder ob durch Maßnahmen, die zwar Kosten verursachen, eine Verstärkung der Dachkonstruktion und damit die Installation doch möglich sei. Seiner Fraktion würde eine Aussage über Machbarkeit, Kosten und Amortisation sinnvoller erscheinen als die Globalaussage.

Die Aussage - so **Herr Stölting** - basiere auf bereits durchgeführte Dachsanierungen in anderen Schulen mit vergleichbaren Dachaufbauten.

Die Dachfläche an der Schule in Pulheim-Brauweiler biete keine geeignete Installationsfläche, da das Dach durch eine Vielzahl von Lichtkuppeln sehr stark fragmentiert sei und auch unterschiedliche Dachebenen aufweise. Demzufolge sei keine wirtschaftliche Fläche vorhanden. Zur statischen Verstärkung müsse davon ausgegangen werden, dass die Herrichtung zur Installation einer Photovoltaikanlage so kostenintensiv sei, dass diese nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden könne.

Der Bau- und Vergabeausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Vorstellung und den Kosten in Höhe von 1.530.310,00 € für die Flachdachsanierung in der LVR-Donatus-Schule, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung in Pulheim-Brauweiler wird gemäß Vorlage 14/337 zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der Durchführung beauftragt.

Punkt 10 **Haushalt 2015/ 2016**

Siehe hierzu die nachfolgenden Punkte 10.1 bis 10.8.

Punkt 10.1 **Haushaltsanträge der Fraktionen: Beförderungsleistungen nach dem Tariftreue und Vergabegesetz, Auskömmlichkeitsprüfung** **Antrag 14/37 Die Linke.**

Nach der umfangreichen Erläuterung von **Herrn Schulte** zum Antrag ist **Herr Diekmann** der Auffassung, dass die Verwaltung des LVR bisher auch die Vergaben nach Gesetz und Recht tätige.

Das in den Medien publizierte Unterlaufen rechtlicher Standards sei nicht Sache des LVR, sondern der Unternehmer selbst, da die Arbeitsverträge zwischen dem Unternehmer als Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer abgeschlossen würden.

Die **Herren Bortlitz-Dickhoff** und **Haupt** bekräftigen dieses, wobei beide Herren noch ausführen, dass ihres Wissens nach der LVR sich die Tariftreue bestätigen lasse und der LVR, wenn das Angebot augenscheinlich nicht auskömmlich erscheine, sich die Kalkulation vorlegen lasse.

Die Verwaltung durch **Frau Landesrätin Wenzel-Jankowski** erläutert, dass der LVR alles daran setze, das Tariftreue- und Vergabegesetz umzusetzen, aber auf die Firmen selbst keinen Einfluss habe.

Danach lässt **der Vorsitzende, Herr Boss**, über den Antrag abstimmen.

Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE

Ablehnung durch die Fraktionen CDU, SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN, FDP, FREIE WÄHLER/Piraten

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 10.2 **Haushalt 2015/16;** **Energiebericht** **Antrag 14/49 CDU, SPD**

Herr Bortlitz-Dickhoff ist für seine Fraktion der Auffassung, dass zwar der kommentierte und mit Auswertungen erstellte Energiebericht im 3-Jahres-Rhythmus erscheinen könne, jedoch die zugrunde liegenden Daten jährlich im Internet veröffentlicht werden sollten.

Herr Dieckmann erwidert für seine Fraktion, dass die Erfahrungen gezeigt hätten, dass ein hoher verwaltungsmäßiger Aufwand betrieben werden müsse, um die Energieberichte jährlich erscheinen zu lassen.

Es würde durch die 3-Jahres-Frist erheblicher Zeitaufwand bei den Mitarbeiter/Innen der Verwaltung anfallen und Kosten eingespart.

Herr Schulte sieht ein, dass der Aufwand beim jährlichen Bericht erheblich sei, könne aber eher einem 2-jährigen Bericht zustimmen.

Die Daten - so **Herr Stölting** - werden kontinuierlich erfasst und gespeichert und können jederzeit abgerufen werden.

Zeitaufwändig sei die Datendarstellung in einem Kontext und das Hinzufügen der entsprechenden Erläuterungen.

Die Verwaltung würde nicht empfehlen, unstrukturierte Daten jährlich zu veröffentlichen, da die Aufbereitung, Trenddarstellung und entsprechende Erläuterungen fehlen würden und zu Fehlinterpretationen führen könnten.

Danach lässt **der Vorsitzende, Herr Boss**, über den Antrag abstimmen.

Zustimmung durch die Fraktionen CDU, SPD und FDP

Ablehnung durch die Fraktionen Bündnis90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

Enthaltung durch die Fraktion FREIE WÄHLER/Piraten

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Der Betrachtungszeitraum für den Energiebericht des LVR wird auf drei Jahre erweitert.

Punkt 10.3

Haushalt 2015/16;

Schulsanierungs- und Investitionsprogramm

Antrag 14/50 CDU, SPD

Herr Borlitz-Dickhoff ist für seine Fraktion der Auffassung, dass bei der Auflistung der anstehenden Baumaßnahmen für ein Sanierungs- und Investitionsprogramm auch der Schulentwicklungsplan Berücksichtigung finden sollte, da derzeit im Schulbereich die Inklusion nicht außer Betracht gelassen werden dürfe.

Herr Dickmann geht davon aus, dass die Verwaltung, und insbesondere das Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, die entsprechenden Abstimmungen - auch in Bezug auf den Schulentwicklungsplan vor dem Hintergrund der Inklusionsbestrebungen - mit dem Schulverwaltungsamt vornehme.

Herr Schulte wird für seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Danach lässt **der Vorsitzende, Herr Boss**, über den Antrag abstimmen.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, aus der noch vorzulegenden Auflistung der anstehenden

Baumaßnahmen in den LVR-Förderschulen, ein Sanierungs- und Investitionsprogramm zu entwickeln, das sowohl kurz- und mittelfristige als auch heute absehbare langfristige Maßnahmen berücksichtigt.

Punkt 10.4

Haushalt 2015/16;

Barrierefreie Nutzung der Pavillons im LVR-Freilichtmuseum Kommern

Antrag 14/53 SPD, CDU

Nach den Wortbeiträgen von **Herrn Schulte**, der davon ausgeht, dass die Anregungen von Herrn Dr. Bell im Inklusionsausschuss Anklang gefunden hätten und in diesem Antrag ihren Niederschlag finden würden und **Herrn Benoit**, dessen Frage nach der Haushaltsveranschlagung positiv beantwortet wurde, lässt **der Vorsitzende** über den Antrag abstimmen.

Zustimmung durch die Fraktionen CDU, SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE

Ablehnung durch die Fraktion FREIE WÄHLER/Piraten

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den dritten Bauabschnitt im Zusammenhang mit der Sanierung der Pavillons des LVR-Freilichtmuseums Kommern vorzuziehen und unverzüglich das Verfahren zur Umsetzung in die Wege zu leiten.

Punkt 10.5

Haushalt 2015/16;

Neuaufstellung der Rheinischen Beamten-Baugesellschaft (RBB) und Förderung von inklusiven Wohnprojekten

Antrag 14/54 SPD, CDU

Herr Klemm ist der Auffassung, dass es eine Neuausrichtung der Gesellschaft geben müsse, jedoch sei der im Antrag beschriebene Weg nicht nachvollziehbar. Eine Fachtagung sei daher sinnvoll und auch ein neues Konzept könne erwogen werden, allerdings sei mit dem vorhandenen Personal eine Neuausrichtung kaum möglich. Jedoch pauschal Haushaltsmittel bereit zu stellen, ohne zu wissen, in welcher Höhe und ohne Vorliegen eines Konzeptes für eine neue Organisationseinheit, sei nicht sinnvoll. Daher beantrage seine Fraktion getrennte Abstimmung pro Ziffer, wobei auch unter Ziffer 1 eine getrennte Abstimmung pro Absatz beantragt werde.

Herr Kösling erinnert an die Aufsichtsratssitzung, in der die Verwaltung um Mithilfe in personeller Hinsicht gebeten wurde. Da ein Doppelhaushalt verabschiedet werden solle, sei es sinnvoll, entsprechende Mittel im Haushalt 2016 einzuplanen. Übereinstimmung bestehe auch darin, dass ein Kompetenzzentrum aufgebaut werden solle. Seiner Ansicht nach sei der Fachbereich 24 mit dem entsprechenden Know-How der ideale Partner. Sollte das Kompetenzzentrum bei der RBB angesiedelt werden, müsste das Personal entsprechend aufgestockt werden. Es sei der richtige Weg, die für die Umsetzung eines noch zu erstellenden Konzeptes erforderlichen Mittel bereit zu stellen.

In seiner Begründung geht **Herr Haupt** auf gewisse Aspekte ein, die noch nicht geprüft worden seien; etwa ob die anvisierten Tätigkeiten aufsichtsrelevant seien. Demnach stimme seine Fraktion dem Antrag nicht zu. Zudem weist er auf die Möglichkeit eines Nachtragshaushaltes hin.

Herr Schulte erinnert an den seinerzeit gestellten Antrag auf Konzepterstellung und

Inklusionsausrichtung. Da noch Beratungsbedarf in seiner Fraktion bestehe, werde er sich der Stimme enthalten.

Herr Boss zeigt auf, in welchen Schwierigkeiten die RBB sich seinerzeit befände und warum der Aufsichtsrat den damaligen Antrag nicht weiter verfolgt habe. Er weist auch darauf hin, dass in dieser Situation die Verwaltung des LVR in personeller Hinsicht bereits "ausgeholfen" habe.

Herr Böll geht noch einmal auf die Erfordernisse, wie Konzept, personelle Ausstattung, Haushaltsmittel ein und ist der Auffassung, der Weg sei in der richtigen Reihenfolge aufgezeigt worden. Die Verwaltung solle jetzt mit den erforderlichen Arbeiten beginnen und Vorschläge erarbeiten. Er gehe davon aus, dass dies einige Zeit in Anspruch nehmen werde und um die Angelegenheit voranzutreiben, sei eine Ansiedlung des Kompetenzzentrums in der Zentralverwaltung förderlich.

Der **Vorsitzende** lässt über den Antrag abstimmen.

Ziffer 1, Absatz 1:

einstimmige Zustimmung

Ziffer 1, Absatz 2

Zustimmung durch die Fraktionen CDU und SPD

Ablehnung durch die Fraktionen Bündnis90/DIE GRÜNEN, FDP und FREIE WÄHLER/Piraten

Enthaltung durch die Fraktion DIE LINKE

Der Ziffer 1 wird mehrheitlich zugestimmt.

Ziffer 2

Zustimmung durch die Fraktionen CDU und SPD

Ablehnung durch die Fraktionen Bündnis90/DIE GRÜNEN, FDP und FREIE WÄHLER/Piraten

Enthaltung durch die Fraktion DIE LINKE

Der Ziffer 2 wird mehrheitlich zugestimmt.

Ziffer 3

Zustimmung durch die Fraktionen CDU, SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN, FDP und FREIE WÄHLER/Piraten

Enthaltung durch die Fraktion DIE LINKE

Der Ziffer 3 wird einstimmig zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt:

1.

unverzüglich ein Konzept für eine Neuaufstellung der RBB zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei soll eine neue Namensgebung beraten und beschlossen werden.

Für das Haushaltsjahr 2016 sind Haushaltsmittel bereitzustellen, die erste Umsetzungsmaßnahmen des bis dahin beschlossenen Konzeptes ermöglichen.

2.

bereits vor der Umsetzung eines neuen Konzeptes für die RBB (zunächst) beim LVR eine Organisationseinheit zu bilden, die Mitgliedskörperschaften, sonstige öffentliche und private Bauträger bei der Umsetzung inklusiver Wohnprojekte berät und unterstützt.

3.

für den Herbst 2015 eine Fachtagung zum Thema „inklusive Wohnprojekte“ zu

organisieren.

Punkt 10.6

Haushalt 2015/16;

Verbesserung der Energieeffizienz und Senkung des Primärenergiebedarfes

Antrag 14/55 SPD, CDU

Nach den Wortbeiträgen der **Herren Klemm** (aus der Begründung Absatz 4, den Satz 2 in veränderter Form in den Beschluss aufzunehmen), **Haupt** (der für seine Fraktion die Ziffer 2 in die Baustandards eingearbeitet wissen möchte) und **Diekmann** (der dem Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN als Sprecher der Fraktionen CDU und SPD zustimmt), lässt der **Vorsitzende** über den Antrag abstimmen.

Dem Antrag wird mit dem Zusatz in Ziffer 2 einstimmig zugestimmt.

1.

Die Verwaltung wird gebeten, bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen die Senkung des Primärenergiebedarfes unter Berücksichtigung ökologischer und ökonomischer Grundsätze weiter voran zu treiben.

2.

Neben dem Passivhausstandard sollen zukünftig auch andere, zielführende Lösungsansätze geprüft und in den Bauvorlagen an die politischen Gremien dargestellt werden.

Energetisches Ziel ist es, den Grenzwert des Passivhausstandards (120 Kwh/m²a) zu unterschreiten.

3.

Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten, ein Monitoring der in Passivhausstandard errichteten Neubauten durchzuführen. Die Ergebnisse sind den politischen LVR-Gremien sowie den Mitgliedskörperschaften des LVR im Rahmen des Energieberichts vorzulegen.

Punkt 10.7

Haushalt 2015/16;

Stiftung Kunstfonds

Antrag 14/79 SPD, CDU

Herr Bortlitz-Dickhoff erbittet Erläuterungen zu der haushaltsrechtlichen Seite und fragt nach, ob die Maßnahme selbst investiv sei.

Herr Böll erläutert mit Hinweis auf die Vorlage 14/235 unter TOP 4 der Tagesordnung, dass mit der Veranschlagung der Mittel - siehe Antrag 14/79 - die Verwaltung in 2015/2016 handlungsfähig sei, wenn die Verhandlungen wieder aufgenommen würden.

Frau Landesrätin Wenzel-Jankowski und **Herr Mietz** bestätigen, dass die Maßnahme investiv und somit nicht umlagerelevant sei.

Herr Schulte hat in seiner Fraktion noch Beratungsbedarf und wird sich bei der Abstimmung enthalten.

Danach lässt der **Vorsitzende, Herr Boss**, über den Antrag abstimmen.

Dem Antrag wird einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, für die mögliche Umsetzung des zweiten Bauabschnittes der Stiftung Kunstfonds zusätzlich 2,5 Mio. Euro für 2015/16 als Anteil des LVR einzuplanen.

Punkt 10.8

Haushalt 2015/2016

Veranschlagte Baumaßnahmen im Haushaltsentwurf des LVR einschließlich Veränderungsnachweis Vorlage 14/200/1

Der **Vorsitzende, Herr Boss**, erläutert, dass aufgrund der beschlossenen Anträge ein erweiterter Beschluss mit dem Wortlaut "**unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge, soweit sie haushaltsrechtlich relevant sind**" erfolgen müsse.

Herr Klemm teilt für seine Fraktion mit, dass sie sich wegen Beratungsbedarf an der Abstimmung nicht beteiligen werde. Dem schließen sich die Fraktionen FDP, DIE LINKE und FREIE WÄHLER/Piraten an.

Die Fraktionen CDU und SPD fassen einstimmig folgenden erweiterten Beschluss:

Dem Entwurf des Haushaltes 2015/2016, einschließlich des Veränderungsnachweises über die veranschlagten Baumaßnahmen sowie über die veranschlagten Ausgaben für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, wird gemäß Vorlage-Nr. 14/200/1 **unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge, soweit sie haushaltsrechtlich relevant sind**, zugestimmt.

Punkt 11

Anfragen und Anträge

Die Frage des **Herrn Klemm** nach dem aktuellen Sachstand zum Windrad auf dem LVR-Haus wird von **Herrn Stölting** beantwortet.

Danach sieht die Verwaltung derzeit keine Aussicht, auch nach Diskussion mit dem Errichter der Anlage, das Windrad wieder in Funktion zu bringen.

In diesem Zusammenhang sei auch die aktuelle Entwicklung der Liegenschaft am Ottoplatz zu berücksichtigen.

Ansonsten liegen keine Anfragen und Anträge vor.

Punkt 12

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Landesrätin Wenzel-Jankowski teilt mit, dass am 14.8.2015 das Richtfest für den 2. Bauabschnitt des Neubaus Haus 11 in der LVR-Klinik Düren stattfindet.

Herr Stölting berichtet über ein besonderes Vorkommnis (Legionellenbefall) in der LVR-Helen-Keller-Schule, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung in Essen. Die Verwaltung habe die erforderlichen Schutzmaßnahmen eingeleitet. Mit der Sanierung des Trinkwassernetzes werde umgehend begonnen.

Punkt 13
Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Köln, den 15.04.2015

Der Vorsitzende

B o s s

Köln, den 10.04.2015

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

In Vertretung

W e n z e l - J a n k o w s k i